

Beschluss 7: Klimaschutz jetzt!

5

20

25

30

35

40

Antragsteller*in: Internationaler Ausschuss

ANTRAGSGEGENSTAND: INHALTLICHE POSITIONIERUNG ZUM KLIMASCHUTZ

Der Klimawandel stellt eine fundamentale Herausforderung für unseren Planeten und damit für uns alle dar. Schon heute bedroht er nicht nur unsere Umwelt, Ökosysteme weltweit und die Biodiversität unseres Planeten. Er bedroht auch die Lebensgrundlagen von Millionen von Menschen, insbesondere in Ländern des globalen Südens. Auch wenn die Auswirkungen lokal sehr unterschiedlich ausfallen, stellt der Klimawandel daher eine globale Bedrohung dar. Somit wird Klimaschutz zu einer moralischen, entwicklungspolitischen und globalen Bewährungsprobe, die nur gemeinsam und länderübergreifend gelöst werden kann.

Und während viele junge Menschen sich der Dringlichkeit des Problems bewusst sind, reichen die bisherigen Klimaschutzambitionen der meisten Länder weltweit, im Besonderen auch der EU und ihrer Mitgliedsstaaten, nicht aus, um das Ziel des Pariser Abkommens, die globale Erwärmung "deutlich unter 2°C" zu halten, zu erreichen. Insbesondere die Klimapolitik der Bundesregierung in den letzten Jahren ist in Anbetracht des Klimanotstandes bei weitem nicht ausreichend und muss daher grundsätzlich verstärkt werden. Darüber hinaus fordert die aktuelle COVID-19 Pandemie weitreichende wirtschaftliche und politische Neuausrichtungen, bei denen Klimapolitik konsequent mit- und weitergedacht werden muss.

In Tradition unserer verbandspolitischen Arbeit tragen wir die Forderungen von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen auch an die Regierungen der deutschen Bundesländer, die Bundesregierung, die Europäische Union und an internationale Entscheidungsträger*innen weiter. Da der KjG als Kinder- und Jugendverband insbesondere zukünftige Generationen am Herzen liegen, die massiv vom Klimawandel betroffen sein werden vertreten wir grundsätzlich folgende Positionen:

- 1. Die jetzigen j\u00fcmgeren Generationen sowie alle kommenden werden besonders stark vom Klimawandel betroffen sein. Daher fordern wir, sie auf nationaler, europ\u00e4ischer und internationaler Ebene besser an relevanten Entscheidungsprozessen zu beteiligen und ihnen dabei echten Einfluss auf Entscheidungen zu erm\u00f6glichen. Die Bundesregierung hat mit der deutschen Ratspr\u00e4sidentschaft eine besondere Gelegenheit in einen ernsten und langfristigen Dialog mit der Jugend einzusteigen, die genutzt werden muss.
- 2. Wir in Deutschland und Europa tragen eine besondere Verantwortung für den Klimawandel. Daher fordern wir eine deutlich ambitioniertere Klimapolitik auf nationaler und europäischer Ebene. Deutschland und die EU können und müssen im Klimaschutz weltweite Vorreiter*innen werden. Mögliche Schritte auf dem Weg dahin sind etwa ein deutlich höherer CO2 Preis im europäischen Emissionshandel, eine erweitere CO2-Bepreisung in bisher nicht abgedeckten Sektoren und eine deutliche Ambitionssteigerung im Zuge der europäischen Nationally Determined Contributions.
- 3. Die Energiewende ist ein zentraler Schritt auf dem Weg in eine emissionsfreie und klimafreundliche Zukunft. Wir fordern daher, den Übergang zu erneuerbarer Energieerzeugung durch verstärkte Förderung und einen Abbau von bestehenden Hindernissen zu beschleunigen. Ein großes Ziel muss es dabei sein, bestehende Atom- und Kohlekraftwerke vom Netz zu nehmen und durch erneuerbare Energiequellen zu ersetzen. So soll ein Kohleausstieg vor 2035 stattfinden und die Subventionen für Kohlestrom und -abbau beendet werden. In diesem Zusammenhang ist auch eine verstärkte internationale Kooperation im Technologiebereich notwendig.

Bundeskonferenz 2020 Seite 1 von 2



- 4. Die Klimakrise ist eine internationale Herausforderung, die nur auf internationaler Ebene gelöst werden kann. Wir fordern daher einen ambitionierten Einsatz für funktionierende und starke Ergebnisse im UN-Klimaprozess, im Besonderen auch während der aktuellen COVID-19 Pandemie. Darüber hinaus fordern wir, Länder des globalen Südens verstärkt dabei zu unterstützen, ihre Bevölkerung und Natur vor den Folgen des Klimawandels zu schützen und sich nachhaltig zu entwickeln.
- 5. Wir als junge Menschen sind Teil einer mobilen und innerhalb Europas vernetzten Generation. Damit Mobilität und Klimaschutz nicht im Konflikt stehen, fordern wir verstärkte Unterstützung für nachhaltige Transport- und Mobilitätslösungen, wie etwa international vernetzte Bahnstrecken in Deutschland und Europa. Steuerliche Erleichterungen für den Flugverkehr sollen beendet werden. Der inländische Flugverkehr soll zu Gunsten klimafreudlicher Alternativen stark eingeschränkt werden. Diese Mobilitätslösungen müssen darüber hinaus so gestaltet sein, dass sie auch für junge Menschen und für Menschen mit begrenzten finanziellen Mitteln erschwinglich sind.
- 6. Klimawandel bedroht wichtige Ökosysteme auf der ganzen Welt. Um diese Naturschätze zu bewahren, fordern wir verstärktes Engagement für Naturschutz und Forschung in diesem Bereich. Entsprechende Ökosysteme dürfen neben dem Klimawandel nicht zusätzlich durch den Eingriff des Menschen geschädigt werden. Schädliche Produkte müssen konsequent vom Handel ausgeschlossen werden.
 - 7. In den nächsten Monaten und Jahren werden wir im Nachgang der aktuellen COVID-19 Pandemie politische Entscheidungen treffen müssen, die das wirtschaftliche Leben in Deutschland und Europa auf Jahrzehnte prägen werden. Diese Entscheidungen müssen konsequent auf Klimaschutz ausgerichtet sein und insbesondere eine Unterstützung der Industrie muss in diesem Zusammenhang mit klimapolitischen Auflagen verbunden sein, um nach der COVID-19 Pandemie auch die Klimakrise ernsthaft zu bekämpfen.
 - 8. Auch unsere Art zu wirtschaften muss sich ändern. Unser Wirtschaftsmodell muss dabei mit der Erhaltung unserer natürlichen Lebensgrundlagen im Einklang stehen. Wir fordern daher eine wirtschaftspolitische Wende im Sinne einer nachhaltigen und sozial-ökologischen Wirtschaft.

40

45

35

5

10

15

20

25

30

Angenommen.

mit 7 Nein Stimmen und 5 Enthaltungen

Bundeskonferenz 2020 Seite 2 von 2